

Abdoul Coulibaly

Ankunft

Ich bin 1987 als Student in die DDR gekommen. In meinem westafrikanischen Heimatland Mali hatte ich Bauzeichner gelernt, dann als Bauleiter in einem Projekt der Wiedereingliederung der Bevölkerung eines Überflutungsgebietes in Manantali für die Stromversorgung des Landes Mali und anderer Staaten mit Zugang zum Fluss Niger gearbeitet. Hierüber bekam ich ein Stipendium für die Deutsche Demokratische Republik (DDR), um meine Kenntnisse zu vertiefen. Von der DDR wusste ich aus dem Schulunterricht, dass der Staat sozialistisch organisiert war und die Menschen im Kollektiv denken. In der Schule hatten wir in Geografie sowohl von der „République Fédérale d'Allemagne“ (BRD) als auch von der „République Démocratique allemande“ (RDA) gehört. Ich persönlich hatte für keines der beiden Länder Präferenzen. Vielmehr hatte ich mit Russland geliebäugelt, da wir damals in der Ausbildung viele Professoren aus der Sowjetunion hatten und ich einen Preis für meine Leistung in der russischen Sprache bekommen hatte, der mich ansprach.

Ich kam an einem kalten und regnerischen Tag im September 1987 in der DDR an. Für die Jahreszeit oder zumindest für den Tag war ich relativ dünn angezogen. Ich trug ein dünnes Sakko, ein Sommerhemd und eine helle Jersey-Hose und mein einziges Paar Straßenschuhe für Europa. Über Ungarn landete ich in Berlin-Schönefeld und irgendwann am Nachmittag kam ich mit anderen Studenten mit dem Zug im sächsischen Glauchau an. Hier hatte ich einen sechsmonatigen Deutsch-Intensivkurs, dann Deutsch-Komplex als Voraussetzung für das Studium. Aus heutiger Sicht erscheinen sechs Monate Unterricht wenig. Wir waren gezwungen, es in dieser Zeit zu schaffen. Es gab eigentlich keine andere Alternative für ausländische Studierende. Niemand wollte mit der Schande leben, den Kurs nicht geschafft zu haben und ohne Studium und Abschluss zurückzukehren. Mir machte es aber auch Spaß, Deutsch zu lernen. Am liebsten hatte ich die Modalverben. Da merkte ich plötzlich, dass man sich ohne Hilfe im Zug unterhalten kann. Das war eine große Erleichterung. Wir wussten ja alle, dass wir uns auf Deutsch unterhalten müssen, um studieren zu dürfen. Es gab keine andere Wahl.

Studienjahre - Wendejahre

Nach bestandenen Prüfungen wurde ich nach Magdeburg zum Studium an die Ingenieurschule für Bauwesen und Ingenieurpädagogik, eine anerkannte Fachschule seiner Zeit, geschickt.

Studentenausweise, Essensmarken, Fahrkarten und andere Dokumente wurden uns an jenem Tag im Verwaltungsgebäude der Ingenieurschule ausgehändigt, bevor wir uns mit einer Vertretung des Internationalen Studentenkomitees trafen. Das Treffen war von der Ingenieurschule organisiert. Möglicherweise ging es hier darum, dass wir uns in der Gesellschaft anderer afrikanischer Studenten schnell einleben und in der Schule heimisch werden sollten. An die Gesprächsinhalte habe ich keine Erinnerungen mehr. Gegen Nachmittag wurden wir in ein Internat der Ingenieurschule in der Walter-Rathenau-Straße gebracht, wo wir unsere Zimmer beziehen konnten.

Ich hatte erwartet, sofort mit dem Studium anzufangen. Doch es kam anders. Mit den zwei anderen Kommilitonen, die mit mir gemeinsam die Reise von Glauchau nach Magdeburg

angetreten hatten, wurde ich zu Beginn des Studienjahres 1988 als Hilfsarbeiter auf einer Baustelle eingesetzt. Auf meinen Protest gegen diesen Einsatz als Bauhelfer wurde seitens der Ingenieurschule unmissverständlich erklärt, dass die Entscheidung zum sogenannten „Praktikum“ hinzunehmen ist, wenn ich hier studieren wolle. Ein echtes Praktikum mit klarer Aufgabenstellung und konkreter Zielvereinbarung wäre für uns viel nützlicher gewesen. Von verschiedenen Seiten wurde auf mich eingeredet und mir von einem Abbruch und der Rückkehr nach Mali abgeraten. Wir absolvierten zu dritt das „Praktikum“ auf der Baustelle und fuhren Schubkarren mit unterschiedlichen Ergebnissen und Bewertungen. Im Jahr 1989 konnten wir das Studium endlich beginnen. Unsere Seminargruppe bestand ausschließlich aus ausländischen Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Wir studierten in der Ingenieurschule und lebten ansonsten relativ separiert von deutschen Studierenden im Internat. Die Afrikaner wohnten zusammen, die Asiaten und Lateinamerikaner ebenso. Eine Durchmischung der Studenten hat es bei uns nicht gegeben. Es wurde nicht gern gesehen, jemanden in einem anderen Wohnheim zu besuchen. Und wenn doch, dann musste man unten an der Wache seinen Ausweis zeigen und sagen, wen man besuchen wollte. Am Mittwoch und Samstag gingen wir zur Disko. Der Club hieß „Baracke“. Dort haben wir normal mit den Deutschen getanzt oder uns unterhalten.

Im Herbst 1989 begannen die Massendemonstrationen, anfänglich in Leipzig. Ein Grund zur Sorge oder der Verdacht, Zeuge einer europäischen Transformation von globalem Ausmaß zu werden, bestand für mich nicht. Es gab kein Anzeichen dafür, dass eine Veränderung des Status quo bevorstand. Weder die Kommilitonen noch die Professoren oder der einfache Mensch auf der Straße zeigten sich besonders beunruhigt von den Entwicklungen, die Anfang September 1989 begannen. Ich hätte persönlich nie gedacht, dass daraus einmal eine große Geschichte werden würde.

Als ausländischer Studierender fand ich es natürlich besser, Sachen im Intershop zu kaufen, die man aus der Heimat kannte, oder die Möglichkeit zu haben, die Semesterferien woanders verbringen zu können. Kommilitonen fanden das Intershop-Thema gar nicht so lustig und es gab regelmäßig kontroverse Diskussionen über den Besitz von Devisen, der leicht kriminalisiert wurde. Soweit ich mich erinnern kann, war das stets der einzige Grund der Auseinandersetzungen und Feindseligkeiten zwischen ausländischen Studierenden und deutschen Kommilitonen. Ausländische Studenten, die ohne Umweg ihr Studium mit Devisen bezahlten, wurden selbstverständlich bevorzugt behandelt. Sie wohnten meist allein und hatten entsprechende komfortable Wohneinrichtungen. Ich gehörte zu der Gruppe, die aus angeblich humanitären Erwägungen in der DDR kostengünstig bis kostenlos studieren durften.

Das Ausländerstudium in der DDR wurde von vier Grundprinzipien geprägt: 1. Delegierungsprinzip; 2. Akzeptanz ausländischer Bildungsabschlüsse; 3. Integration; 4. Politische Organisation. Als Delegierter der Liga für Völkerfreundschaft wurde von mir ein bestimmtes Verhalten, eine besondere Umgangsform oder gar Dankbarkeit erwartet. Umso mehr finde ich es heute schade, dass viele Studierende sowie die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter nicht besonders viel über die Umstände und Rahmenbedingungen in Bezug auf diese Delegierung gewusst haben, da sie vor der Abreise nach DDR nicht aufgeklärt wurden.

Gegenüber der individuellen Freiheit einzelner Studenten stand das kollektive Bemühen der Schulverwaltung samt der Studentenschaft deutscher Kommilitonen, sozialistische Freundschaft zu allen Studenten zu demonstrieren. Für uns als ausländische Studierende

blieb hingegen der Eindruck, insbesondere aufgrund der räumlichen Trennung, dass wir nicht wirklich willkommen waren und uns manche Zugänge, zum Beispiel zum privaten Bereich der Deutschen, immer verschlossen bleiben würden.

Dennoch war das Miteinander, das wir mit den deutschen Studierenden erlebten, eigentlich ein offenes und zwangloses. Wir haben zusammen gefeiert, gemeinsam an Sportfesten teilgenommen, und wenn die deutschen Kommilitonen am Wochenende nach Hause fuhren, dann hatten wir die Gelegenheit, ein Stück Heimat aufleben zu lassen. Ein gesundes Ambiente verschiedener Nationen machte sich bemerkbar, das sich über diverse kulinarische Delikatessen in allen Fluren des Internates verteilte oder in verschiedenen Musikklängen und Stilrichtungen zeigte, die aus jeder offenen Tür und durch jedes offene Fenster herausströmte. Das Wochenende war eine besondere Zeit, welche die meisten nutzten, um mit den Verwandten in der Heimat zu telefonieren, Briefe an Bekannte zu schreiben oder Freunde in anderen Bezirken der DDR wie Halle, Leipzig, Dresden oder Gera zu besuchen. Die Kontakte mit den Kommilitonen in der Woche waren so, wie man sich das in einem Studium vorstellt. Fachsimpelei bei Bier im Fernsehraum oder der Vergleich von Lösungsansätzen bei Fachfragen. Die Privatsphäre blieb weitestgehend außen vor. Intime Beziehungen waren im Allgemeinen verpönt. Gleichwohl gab es versteckte Liebschaften, die im Kern erstickt wurden.

Mit Beginn der Demonstrationen veränderte sich die Atmosphäre im Internat allmählich. Die Fachsimpelei mit uns ausländischen Studierenden nahm ab. Dafür verstärkten sich die Gespräche der deutschen Kommilitonen untereinander. Später mit dem Mauerfall wurden die Kontakte mit den deutschen Studenten immer weniger. Die Freundschaften, die es scheinbar gegeben hatte oder so empfunden wurden, gab es in Wirklichkeit nicht. Als Botschafter unserer jeweiligen Länder war es uns soweit klar, dass wir uns in Angelegenheiten der DDR nicht einzumischen hatten. Unsere Studienaufenthalte waren streng zweckgebunden und wir hatten am Ende des Studiums das Land zu verlassen, unabhängig davon, welche sozialen Kontakte entstanden waren und wie tief diese familiär begründet waren. Diesen Umstand empfand ich als sehr beängstigend und abstoßend zugleich, je intensiver die Beziehung zu meiner späteren Frau wurde. Es mischten sich Fragen des Studiums mit alltäglichen Auseinandersetzungen und mit subtilen Diskriminierungen in der Ingenieurschule und auf der Straße. Hinzu kam die Umstrukturierung der Ingenieurschule im Zusammenhang mit den Transformationen dieser Zeit, welche die Gesamtheit der Studierenden in den Anfangssemestern betraf und eine zusätzliche Belastung mit sich brachte.

Mit der Wende wurde besonders deutlich, wie feindselig Kommilitonen und „normale“ Menschen auf Magdeburger Straßen gegenüber „Andersaussehenden“ eingestellt waren oder sich dahingehend negativ verändert hatten. Plötzlich hörte man Sprüche wie „Ausländer raus“ und andere rassistische Bemerkungen. Die Zeichen der Ausgrenzung auch aus der Politik war an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Es war ständig die Rede von „unseren Menschen“, wenn die Bürgerinnen und Bürger gemeint waren und von den „Ausländern“, um Studierende, Vertragsarbeitende und alle anderen Gruppen, die nicht dazu gehören sollen, zu bezeichnen. Die Politik schickte viele Vertragsarbeitende aus verschiedenen Ländern in ihre Heimat zurück. Heute würde man viele der Rückführungen aus den Verträgen für illegal erklären, da manche Menschen bis heute nicht bezahlt oder ihre Löhne vom Heimatland einbehalten wurden.

Die Pflicht zum Abschluss des Studiums bestand für mich fort. Zumal ich im Jahr 1992 zwischenzeitlich Vater geworden war und von nun an Verantwortung für die gesamte Familie hatte. Ich studierte weiterhin mit Elan und setzte alles daran, meiner kleinen Familie ein neues Zuhause in Mali anzubieten. Zum Kennenlernen und Angewöhnen an das malische Leben flog meine damalige Lebensgefährtin mit mir und unserem Baby nach Bamako, Hauptstadt der Republik Mali. So schön wie die Reise und der Aufenthalt für meine spätere Frau auch war, so klar war für sie und für mich, dass sie nur unter persönlicher Opferbereitschaft und Verzicht in einer verhältnismäßig großen Familie in Mali leben können. Im Gegensatz dazu bedurfte es für mich keiner besonderen Anstrengung, um im vereinigten Deutschland mit seinen Rassismen, aber bei Frau und Kind zu leben. Die Entscheidung für meinen Verbleib in Deutschland trafen wir gemeinsam. Wir wussten um die Zweckbindung des Studiums, um das Unerwünscht-Sein im fremden Land und um alle diese Hürden, die das Heimischwerden in Magdeburg verhindern konnten. Es galt die Devise, das Studium abzuschließen und dann zu schauen, was kommt. In der Realität gab es nicht wirklich eine Möglichkeit, mit der Familie nach Mali zurückzukehren und sich dort eine Existenz aufzubauen.

Der Wunsch nach Anerkennung, die Sorge, sein drei- bis vierjähriges Kind hinter sich lassen zu müssen und der Kampf um den eigenen Platz in der magdeburgischen Gesellschaft politisierten mich so sehr, dass mein Engagement für das eigene Interesse und für das Gemeinwohl unausweichlich erschien. Ich sah viele Freunde, die unter Tränen und Leid zurückgingen und ihre Freundinnen und Kinder hier zurückließen. Das war traurig und fürchterlich.

Politische Arbeit in Zeiten der Transformation

Die Wendejahre waren geprägt von extremer Ausländerfeindlichkeit. Dass es plötzlich Gruppen gab, die den Tod eines Menschen wollten, einfach, weil dieser ein Ausländer war, das kannte man vorher nicht. Während ich mich auf meinem Abschluss vorbereitete, absolvierte ich ein Praktikum als Bauleiter bei einem Magdeburger Ingenieurbüro. Im Rahmen dieses Praktikums wurde mir klar, dass ich entweder als selbständiger Bauleiter in eigener Baufirma arbeiten oder mich in der Baukalkulation qualifizieren bzw. spezialisieren müsste. Ich sah keine Chancen, als Bauleiter für eine Baufirma zu arbeiten. Eine respektvolle, von Anerkennung geprägte Zusammenarbeit mit den Bauarbeitern konnte ich mir nicht vorstellen. Die Bemerkungen beim Praktikum gaben mir keinen Anlass dazu. Für mich stand fest, ein respektvolles Miteinander mit Bauarbeitern auf der Baustelle wird es für mich nicht geben. Ich schloss mein Studium im Jahr 1993–1994 ab und arbeitete im Baubereich, mal in der Restauration, auch mal als Elektroinstallateur oder Bauhelfer, um nicht arbeitslos zu sein.

Im Frühjahr 1996 erfuhr ich zufällig bei einem Freund, dass der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg entschieden hatte, den Willen der ausländischen Bevölkerung nach einem Wahlrecht in der Kommunalpolitik zu berücksichtigen und ein Gremium, das die Rechte der hier lebenden Ausländer vertritt, einzurichten. Der Ausländerbeirat wurde von den Ausländern in Magdeburg demokratisch gewählt. 1996 wurde ich in den Beirat gewählt. Dann kandidierte ich für den Vorstand und wurde zum Stellvertreter gewählt. Zudem stellte ich mich zur Wahl für das Amt des/der ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten. Die Wahl aus der Mitte des Ausländerbeirates gewann ich und wurde 1997 zum ersten ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg bestellt. Ich blieb 13 Jahre im Amt bis 2010. Hauptamtlich arbeitete ich damals als Projektkoordinator bei einem Verein aus

Künstlern, Politikern, Journalisten und anderen. Später arbeitete ich im Bildungsbereich bei einem weiteren Verein. Hier leistete ich bis 2009 mit einem Expertenpool, der aus Migrantinnen und Migranten bestand, Aufklärungsarbeit an Schulen. Vor diesem Hintergrund und weil ich bereits vor der Wende in Magdeburg Vorsitzender des Internationalen Studentenkomitees war, lag es für mich nahe, mich nun für die Interessen aller Ausländerinnen und Ausländer in Magdeburg einzusetzen. In dieser Zeit haben wir die Weichen für die städtische Integrationspolitik gestellt. Migrantische Vereine, Flüchtlingsrat und Ausländerbeirat vernetzten sich immer mehr. Im Laufe der Zeit haben wir gemeinsam mit vielen Akteuren ein Integrationskonzept erarbeitet, das 2006 als „Rahmenkonzept für Integrations- und Ausländerarbeit“ vom Stadtrat beschlossen wurde und seitdem die städtische Integrationspolitik bestimmt. Ich selbst habe mich immer für die Kooperation zwischen den Strukturen, zwischen Beirat und den Ämtern der Verwaltung stark gemacht und die Weiterentwicklung dieses Gremiums mit großem Interesse begleitet. Bei der Landeshauptstadt Magdeburg wurde die Stelle „Koordinator*in für Integration und Zuwanderung“ 2009 erneut ausgeschrieben. Ich bewarb mich und bekam den Zuschlag. Seitdem übe ich diese Funktion aus.

Wenn ich zurückschaue, dann haben wir in der Integrationsarbeit viel erreicht. Aber damals wie heute haben die meisten schwarzen Menschen in Magdeburg das Gefühl, von Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung häufiger betroffen zu sein, ist es noch immer so, dass Menschen mit Migrationserfahrung von weiten Teilen der Bevölkerung als nicht zugehörig zum Gesellschaftsganzen betrachtet werden. Es gibt viel zu tun. Mein Leben war politisch, ist es und wird es auch in Zukunft sein.

Damit Integration gelingen kann, müssen wir eine prinzipielle Frage beantworten: Sind wir ein Volk aus verschiedenen Menschen oder sind wir es eben nicht? Ist man Teil dieses Landes, mit Rechten und Pflichten, ganz egal, ob man hier geboren wurde oder nicht? Antworten kann es erst dann geben, wenn wir uns nicht mehr mit dem Ort, wo wir herkommen, definieren, sondern mit dem, was uns verbindet. Ich glaube, wir haben noch immer nicht verstanden, dass wir eine Gesellschaft sind. Ich glaube auch, dass wir einen gesellschaftlichen Konsens darüber benötigen, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. Meine, vielleicht provisorische, Antwort ist: Wir haben eine sehr gute Verfassung und sie ist die Grundlage und beste Möglichkeit, eine gemeinsame Kultur zu entwickeln. Aktuell haben wir nichts anderes. Aber es gibt Menschen in Deutschland, die die Verfassung ablehnen und viele, die unsere Verfassung einfach nicht kennen. Wie sonst ist zu erklären, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe Benachteiligungen jeglicher Art durch ganz normale Deutsche ausgesetzt sind? Wie sonst ist zu erklären, dass ganz gewöhnliche Deutsche rechtsradikale Parteien wählen?

Ich finde es außerordentlich wichtig, dass sich Migrantinnen und Migranten politisch interessieren und einmischen. Man kann das in Form eines Vereins wie dem Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e. V. tun. Oder man geht direkt in eine politische Partei und engagiert sich dort. Für Migrantinnen und Migranten sollte alles politisch sein.

Heimat

Mittlerweile lebe ich seit 34 Jahren in Deutschland und die ganze Zeit in Magdeburg. Magdeburg ist eine lebenswerte Stadt und hier habe ich Verantwortung übernommen. Meine Kinder sind hier geboren und aufgewachsen. Ich habe nie darüber nachgedacht, Magdeburg zu verlassen. Beruflich wie privat werde ich oft nach meiner Heimat gefragt, was

mich keinesfalls wundert. Die Heimatfrage wird in Deutschland zum Teil sehr aufgeregt diskutiert. Die Relevanz dieses Themas zeigt sich dadurch, dass wir sogar ein Heimatministerium haben. Menschen werden zufällig dort geboren, wo ihre Eltern leben. Unter normalen Bedingungen wachsen sie dort auf, bis sie eigenständig darüber entscheiden können, wie es für sie weitergehen soll. Aufgrund ihrer Sozialisation entwickeln sie eine Beziehung, ein Gefühl und manchmal eine starke Verbundenheit zu ihrem Umfeld und zu den Menschen, die sie umgeben. Wenn die benannte starke Verbundenheit mit dem nötigen Respekt füreinander gepaart wird, dann kann Heimat entstehen und verstanden werden.

Verlässt man seine sozialisatorisch begründete Heimat, dann kann Heimat vielfältiger werden. Magdeburg ist der Ort, an dem ich lebe, das ist mein Zuhause. Für mich ist Heimat ganz unaufgeregt der Ort, an dem ich mich geborgen fühle, das kann mein Geburtsland oder anderswo sein. Auch Familie kann Heimat sein. Heimat verdiene ich mir nicht, sie ist da, ob ich will oder nicht, ob ich gehe oder nicht. Niemand kann in Anspruch nehmen, dass die Heimat ihm gehört. Zurzeit ist Mali meine Heimat. Hier fühle ich mich geborgen und angenommen. Ich fahre jedes Jahr nach Mali.

Respekt

Ich bin immer davon ausgegangen, dass einem Respekt gezollt wird von anderen. Einfach deshalb, weil ich wie die anderen auch ein Mensch bin. Ich bin davon ausgegangen, dass Respekt Teil der Menschenwürde jedes Einzelnen ist. Hier habe ich erfahren, dass man mit einer nicht-weißen Hautfarbe keinesfalls einfach so respektiert wird. Den Respekt muss man sich verdienen und dafür muss man sehr, sehr hart an sich arbeiten. Ich versuche an meine Kinder weiterzugeben, dass man sich Respekt verschaffen muss, denn zuallererst werden sie mit ihrer Hautfarbe immer als Ausländer, der weniger wert ist, betrachtet. Und man muss sich selbst respektieren, ansonsten kann man nicht erwarten, dass andere respektvoll mit einem umgehen. Ein respektvoller Umgang ist die Basis von allem. Damit bin ich in der Lage, frei zu sein und fühle mich angenommen.